

Antworten des Landesverbandes DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine des Vereins Ärzte der Welt e.V.

1. Wird sich Ihre Partei einsetzen für den Ausbau eines landesweiten Netzes von öffentlich finanzierten Clearingstellen für Gesundheit (nach dem Vorbild der Berliner Clearingstelle für nicht krankenversicherte Menschen) mit Möglichkeit der Übernahme von Behandlungskosten, um die Gesundheitsversorgung für ALLE sicherzustellen?

Eine Clearingstelle für Gesundheit - nach dem Berliner Vorbild - ist auch in Brandenburg angezeigt. Der Zugang zu medizinischen Leistungen muss für alle Menschen gesichert werden, egal ob sie sich illegal im Land aufhalten oder ob sie aus anderen Gründen nicht krankenversichert sind. Dies schließt auch die Übernahme etwaiger Behandlungskosten durch das Land ein. Wo und bei wem diese Clearingstelle angesiedelt werden könnte, muss zuvor jedoch in Beratungen mit den Wohlfahrtsverbänden geklärt werden.

2. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Angebote zu Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung, vor allem auch für Menschen in prekären Lebenslagen, ohne Krankenversicherung oder mit Beitragsschulden bei einer Krankenkasse ausgebaut werden?

Ja. Es ist eine Binsenweisheit, dass präventive Angebote nicht nur sinnvoll sind, sondern mögliche Kosten für Behandlungen sparen. Deshalb sollten diese Angebote grundsätzlich allen Menschen zur Verfügung stehen und nicht von etwaigen Beitragsschulden abhängig gemacht werden. Das Krankheitsrisiko bei Menschen in prekären Lebenslagen ist ungleich höher als bei Menschen mit hohem Einkommen. Die Lebenserwartung ist dagegen deutlich verkürzt.

3. Plant Ihre Partei die schnellere, dezentrale Unterbringung von geflüchteten Menschen und welche weiteren Maßnahmen plant Ihre Partei, um die gesundheitsgefährdenden Lebensbedingungen und die sozialen und medizinischen Versorgungsstrukturen in Geflüchtetenunterkünften (wie in den Erstaufnahmeeinrichtungen Eisenhüttenstadt / Frankfurt Oder) zu verbessern ?

Unser Ziel ist es, dass alle Brandenburger* innen sich angemessenen und ihren Bedürfnissen entsprechenden Wohnraum dauerhaft leisten können. Wir setzen uns seit Jahren für eine Wohnungsunterbringung von Geflüchteten ein, diese scheitert jedoch oftmals an der Wohnungssituation vor Ort. Wir unterstützen Versuche, den Kommunen bei der Renovierung von Wohnraum finanziell unter die Arme zu greifen und dadurch eine nachhaltige Wohnungspolitik für alle Brandenburger zu ermöglichen. Trotzdem bleibt die Wohnungssituation in vielen Orten Brandenburgs sehr angespannt. Um ein Leben in einer selbstbestimmten Unterkunft zu ermöglichen, fordern wir deshalb den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, der auch schutzbedürftigen Geflüchteten zur Verfügung stehen muss. Oberstes Ziel sollte es sein, dass gewachsene soziale Netzwerke erhalten bleiben sowie der Zugang zu für die Integration wichtiger Infrastruktur (Kita, Schule, Arbeitsplatz) gewährleistet ist.

Wir setzen uns verstärkt dafür ein, dass Geflüchtete vorwiegend dezentral untergebracht werden. Vor allem für besonders schutzbedürftige Geflüchtete – Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen, LSBTIQ+ usw. – braucht es besondere Einrichtungen und Schutzräume.

4. Welche konkreten Maßnahmen, z.B. Schulungen von Fachkräften, Ausbau von Melde- und Beschwerdemöglichkeiten sind von Ihrer Partei vorgesehen, um Diskriminierungen im Gesundheitswesen abzubauen?

Das Erdulden von Diskriminierungen gehört leider noch immer zum Alltag von vielen Menschen in nahezu allen Lebensbereichen, in Behörden, in der Schule, bei der Polizei, im Gesundheitswesen oder im privaten Bereich. Die Verabschiedung des AGG hat an dieser traurigen Realität nur wenig geändert. Ob eine spezielle Melde- und Beschwerdestelle im Gesundheitswesen notwendig ist, ist aus unserer Sicht fraglich. Denkbar wären auf kommunaler Ebene angesiedelte allgemeine Melde- und Beschwerdestellen. Mitarbeiter*innen im Gesundheitswesen sollten durch gezielte Maßnahmen der Weiter- und Fortbildung geschult und sensibilisiert werden. Für Mitarbeiter*innen im öffentlichen Gesundheitsdienst können diese Schulungsmaßnahmen auch verpflichtend sein. Patientenfürsprecher*innen beispielsweise in Kliniken sollten ebenfalls gezielt geschult werden.

5. Plant Ihre Partei, den Ausbau von Sprachmittlung in medizinischen Versorgungsstrukturen, v.a. im Bereich der Notfallversorgung, zu unterstützen, bis eine bundesweite Regelung nach dem aktuellen Koalitionsvertrag umgesetzt wird?

In vielen Kliniken sind in den letzten Jahren gezielt Sprachmittler-Pools aufgebaut worden. Ein Umstand, der durch die Gewinnung ausländischer Fachkräfte befördert wurde und nun für die Überwindung von Sprachbarrieren zwischen Patienten und medizinischem Personal genutzt werden kann.

Ob eine bundesweite Regelung durch die aktuelle Bundesregierung bzw. Koalition noch kommen wird, gilt es abzuwarten. Die Zeit bis zur nächsten Bundestagswahl ist ja überschaubar. Sollte es zu keiner Regelung kommen, ist es vorstellbar, in Brandenburg gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Anspruch auf Sprachmittlung sowie die Refinanzierung der entsprechenden Aufwendungen regeln.

6. Plant Ihre Partei die Umsetzung der Bezahlkarte für geflüchtete Personen nach AsylbLG ohne diskriminierende Nutzungseinschränkungen hinsichtlich: a) Bargeldabhebung b) Überweisungen c) Warengruppen d) örtlicher Geltungsbereich (Landkreise)?

Nein, wir als Linksfraktion im Landtag und auch auf Bundesebene haben uns vehement gegen die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete ausgesprochen, da diese vor allem diskriminiert und keine positive Wirkung hat. Wir kritisieren alle mit der Bezahlkarte verbundenen Einschränkungen, sowohl die Begrenzung bei Bargeldabhebungen und regionalen Geltungsräumen als auch die Herausnahme von Waren und Dienstleistungen aus dem Katalog. Wir lehnen jede Schlechterstellung von Menschen in Asylverfahren gegenüber anderen Gruppen ab.

Wir fordern, dass jeder zugewanderten Person statt einer einschränkenden Bezahlkarte ein kostenloses Konto mit Girokarte bei der regional zuständigen Sparkasse zur Verfügung gestellt wird und dieses frei nutzbar ist.